

**Darko Polšek**

**“Wieviel Gemeinschaft  
braucht die Demokratie”**

**(II. Teil)**

*In der Ökonomie als Wissenschaft ist das interessanteste und wichtigste, daß fast alles, was auf den einzelnen zutrifft, auf die Gesellschaft nicht zutrifft, und fast alles, was auf die Gesellschaft überhaupt zutrifft, trifft auf den einzelnen nicht zu.*

M. Friedman

**I**

Die Frage “Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie” stellt den grundlegenden Gegensatz zwischen dem Kommunitarismus und dem Liberalismus in den Mittelpunkt des philosophischen und politischen Interesses. Ich versuche hier nachzuweisen, daß diese Frage mit der Frage “Wie stark soll der Staat sein”, oder genauer, “Wie hohe Steuern soll der Staat erheben” übereinstimmt. Ich glaube, daß im Streit zwischen dem Kommunitarismus und dem Liberalismus die Antwort auf diese beiden Fragen auf demselben Weg zu suchen ist und daß man das Problem der “Quantität der Gemeinschaft” am sichersten und gerechtesten durch eine ideologische *Cost-benefit*-Analyse lösen kann.

Der klassische Lockesche Liberalismus behauptet, daß die ausreichende und notwendige Grundlage für eine funktionierende Demokratie die Schaffung eines Staatsapparats sei, der die Freiheit der Rede, der Repräsentierung und des Besitzes garantiere. Diesen drei Begriffen wurden mit der Zeit andere Bürger- und Menschenrechte hinzugefügt. Der moderne, Rawlssche Liberalismus<sup>1</sup> formt die Axiome der Theorie des Gesellschaftsvertrags mit Hilfe zweier Grundsätze: des *Grundsatzes der Gleichheit*, der allen Individuen die gleichen Rechte und Pflichten zuerkennt, und des *Grundsatzes der Verschiedenheit*, der besagt, daß alle sozialen und ökonomischen Unterschiede nur dann gerecht sind, wenn die unterprivilegierten Mitglieder der Gesellschaft dafür entschädigt werden. In beiden Fällen ist man der Meinung, daß die aufgestellten Grundsätze für das Funktionieren einer gerechten Gesellschaft ausreichen.

---

<sup>1</sup> Rawls, John. 1972. *The Theory of Justice*, Oxford University Press.

Der Kommunitarismus behauptet dagegen, daß die liberalen Grundsätze allzu formal und unzureichend für eine funktionierende Demokratie, d. h. für eine "gute Gesellschaft", seien. Dem Kommunitarismus zufolge muß eine gute Gesellschaft, bzw. die in ihr lebenden Individuen, neben formalen Grundsätzen auch einige andere Anforderungen erfüllen.

In seinem Aufsatz "Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie" führt Charles Taylor<sup>2</sup> drei zusätzliche Bedingungen an, die den formalen Anforderungen des Liberalismus konkrete moralische Substanz verleihen. Sie sind: 1) Einheit und Gemeinschaft der Menschen, die eine in der Demokratie repräsentierte politische Gruppe darstellen; 2) Partizipation an politischen Entscheidungen und das Korrigieren der Regierung durch Bürgerinitiativen; 3) Respekt der Bürger für einander. Als ein viertes Kennzeichen fügt Taylor die Gefahren hinzu, die der guten Gesellschaft vom Sozialismus und vom Kapitalismus drohen.

Beide Parteien in diesem Streit stimmen darin überein, daß die liberalen Grundsätze notwendig sind. Was jedoch strittig bleibt, ist der inhaltliche "Überschuß", den die Kommunitarianer für nötig halten, wenn die Demokratie funktionieren soll.

Obwohl man meinen könnte, es sei deshalb an den Kommunitarianern, den Beweis dafür zu erbringen, zeigte es sich, daß die Liberalen die Initiative ergreifen müssen, um nachzuweisen, daß die für die Kommunitarianer so bezeichnende Vermehrung der Bedingungen der Demokratie nicht nur in theoretischer, sondern auch in praktischer Hinsicht schädlich ist. Dies ist jedenfalls die These, die ich hier vertrete.

Ich möchte also zeigen, daß die durch die Vermehrung der theoretischen Bedingungen für das Funktionieren der Demokratie entstehende Theorielast identisch ist mit der politischen und vor allem mit der ökonomischen Last, die konkreten Gemeinwesen aufgeladen wird, und daß die Vermehrung dieser Bedingungen und dieser Last das liberale Minimum und, was noch viel gefährlicher ist, die Demokratie selbst bedrohen kann. Mit anderen Worten, ich behaupte, daß die Ausweitung der an die Gesellschaft gestellten politischen Forderungen ihren ökonomischen Preis hat, weil sie in der Regel einen ökonomischen Aufwand darstellt. Je mehr politische Forderungen gestellt werden, um so höher sind die Ausgaben für die Gesellschaftsmitglieder und damit auch die mögliche Gefahr für die Demokratie, weil sich diese Ausgaben wiederum auf die Vitalität dieser Gesellschaft auswirken.

Ich vertrete hier also den klassischen liberalen Grundsatz vom Staat als einem "notwendigen Übel" oder, wie es die Kommunitarianer häufig sagen, das "ökonomische Modell" und glaube, daß der staatliche Minimalismus oder klassische Liberalismus für Osteuropa die einzig richtige politische Doktrin ist, wenn es Anschluß an die zivilisierte Welt wiederfinden will.

## II

Einen Teil der Argumente gegen Taylors Überschuß an Bedingungen der Demokratie lieferte Jerzy Szacki in seinem Aufsatz "Aus einem fernen Land. Kommentar zu Charles Taylor"<sup>3</sup>. Obwohl Szacki zugibt, daß für eine lebendige Demokratie das Gefühl der moralischen Einheit und die Gewährleistung der unbegrenzten Möglichkeiten parti-

<sup>2</sup> Taylor, Charles. 1992-3. "Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie", *Transit* 5

<sup>3</sup> Szacki, Jerzy. 1992-3. "Aus einem fernen Land. Kommentar zu Charles Taylor". *Transit* 5

kulärer Interessen von Seiten des Staates erforderlich sind, reagiert er als ein Mann, der über langjährige Erfahrungen mit dem "Realsozialismus" verfügt, natürlich auf Taylors Forderung nach einer Einschränkung der Marktwirtschaft. Taylors Voraussetzungen für das Funktionieren einer Demokratie (s. o.) prüfend, fragt Szacki, wie eine solche Einheit (das erste Kriterium Taylors) erreicht werden könnte, ohne daß man sie erzwingt:

Da der Zustand, um den es uns geht, nicht erzwungen sein soll, drängt sich sogleich die Frage auf, ob wir überhaupt imstande sind, irgendwelche realistischen Programme für die Schaffung der Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie zu formulieren, oder ob wir von vornherein auf die Position von Beobachtern angewiesen sind, die solche Voraussetzungen erst *ex post* rekonstruieren können und im Grunde nicht sagen können, wie diese dort, wo sie eindeutig nicht bestehen, herzustellen wären. Das bringt mich in eine gewisse Verlegenheit; denn was nützt mir die Erklärung, daß es um die amerikanische Demokratie nicht so schlecht bestellt ist, wenn ich nicht sagen kann, was zu tun ist, damit in Polen, Rumänien, in der Türkei, in Nigeria oder Chile eine lebendige Demokratie entstehen kann? (Szacki: 1992:23-24)

Szacki kritisiert jeden von Taylor angeführten Wert aus der Sicht Osteuropas, das verzweifelt nach einem Modell sucht, das es übernehmen könnte. Im Hinblick auf die geforderte Einheit fügt Szacki hinzu:

Leider ergibt sich aus der angelsächsischen Erfahrung für Osteuropa nicht viel mehr als die traurige Einsicht, daß es über eine solche Erfahrung nicht verfügt. Denn Einheit als Bedingung der Demokratie bedeutet (...) daß ein lebendiges demokratisches Gemeinwesen nicht nur eine Gegenwart, sondern auch eine Vergangenheit haben muß... (Szacki: 1992:26)

Was die Partizipation betrifft, nennt Taylor zwei Pole der Beteiligung in "alten Demokratien", "demokratische Guerillakriege" und "*single issue*-Kampagnen", und Szacki stellt fest, daß selbst die Wahl der "Partizipationspole" ein Grund zur Besorgnis ist. Ironisch stellt er die Frage, ob das Teilnehmungsformen seien, die Osteuropa helfen könnten.

Der Glaube an die Möglichkeit effektiven Handelns scheint mir eine Schlüsselfrage zu sein, die (...) Vorrang hat. Taylor hat deshalb recht, wenn er schreibt, daß Bürgerwürde Effizienz voraussetzt. Gerade dieses Gefühl der Effizienz scheinen die neuen Demokratien am meisten zu entbehren. (Szacki, 1992: 27)

Auch die Forderung nach gegenseitigem Respekt der Bürger führt Szacki wie Taylor auf das ökonomische Motiv zurück. Einerseits ist gegenseitiger Respekt selbstverständlich, aber Taylors Beweisführung führt darauf hinaus, daß dieser Respekt ein Bestandteil der ökonomischen Solidarität im "Wohlfahrtsstaat" sein muß. Szacki fechtet Taylors Annahme, der Wohlfahrtsstaat sei die große Errungenschaft der modernen Demokratien, an, und behauptet, daß der Wohlfahrtsstaat auch spezifische Probleme mit sich bringe. Doch der Schlüssel des ganzen Disputs und zugleich dieses Vortrags liegt in der folgenden Frage Szackis:

Als Bürger eines ehemals kommunistischen Landes, in dem sich nie ein solcher Wohlfahrtsstaat ausgebildet hat, obwohl sich der kommunistische Staat wie dessen Karikatur ausnahm, drängt sich mir ein ganz anderes Problem auf: Liegt die größtmögliche Gleichheit der Bürger, durch die sie unter bestimmten Voraussetzungen *gleich gleichgültig* gemacht werden, wirklich im Interesse der Entwicklung der Demokratie? (...) Es versteht sich von selbst, daß ich hier von ökonomischer Gleichheit und Ungleichheit spreche, aber man weiß nur allzu gut,

welche Folgen sich daraus für andere Bereiche zwischenmenschlicher Beziehungen ergeben. Kann das westliche Modell des Wohlfahrtsstaates für die armen Länder beim Aufbau der Demokratie irgendwie nützlich sein? Ich fürchte, nicht sehr. (Szacki, 1992: 28)

Und als Szacki schließlich Taylors Kritik des Kapitalismus und Sozialismus kritisiert, ist er besonders scharf, und zwar mit Recht. Es gebe keine Mitte, keinen dritten Weg zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus. Es sei klar, daß der Kapitalismus das bessere System sei; das einzige, was uns übrigbleibe, sei, auf dem ersten Weg die auf dem zweiten entstandenen Schäden zu beheben. Vielleicht sei im Kapitalismus eine Umverteilung der Güter nötig, aber, sagt Szacki,

ich würde sie <sup>z</sup>diese Frage, gerne jener Illusionen und Zier entkleiden, an denen noch immer viele westliche Intellektuelle hängen... (Szacki, 1992: 29),

und gibt seiner Enttäuschung von Taylors Aufsatz Ausdruck, weil seine Analyse der Bedingungen für das Leben der Demokratie keinerlei praktische Anregungen für ihre Verwirklichung liefere. Besonders deutlich ist aber die folgende Pointe Szackis: Die Diskussion über die Begründung einer guten Demokratie und den Weg ihrer Verwirklichung muß ökonomischer Natur sein, oder zumindest ökonomische Argumente als Grundlage der Diskussion über die "gute Demokratie" in Betracht ziehen.

Wenn man den Kommunitarismus definiert als eine Doktrin, die sich für "zusätzliche Bedingungen" des Funktionierens der Demokratie (neben den formal-liberalen) einsetzt, dann läßt sich Szackis Analyse von Taylors "zusätzlichen Bedingungen" der Demokratie auch auf die Kritik des Kommunitarismus überhaupt erstrecken.

Trotz der klaren und, meiner Meinung nach, richtigen These Szackis, blieb die Frage unbeantwortet, ob die Gleichheit der Bürger im Interesse der Entwicklung der Demokratie sei. Als ob Szacki vor seiner eigenen Meinung erschrak.

### III

Szacki hat gut gezeigt, daß die Hauptschwäche von Taylors Argumentation darin besteht, daß seine Werte nicht einfach in Methoden der Verwirklichung einer guten Demokratie zu verwandeln sind und daß er "finanzielle" Analysen vernachlässigt, ohne die die Durchführung seiner Empfehlungen ebenfalls unmöglich ist. Es gilt also, den zentralen Teil dieser unserer Analyse dem Problem der Finanzierung des Staates zu widmen.

1. Neben Szackis Einwänden gegen Taylor muß ein weiterer Schritt im Beweisen des Werts des Liberalismus in der Auseinandersetzung mit den Kommunitarianern darin bestehen, daß man aufzeigt, daß die Werte, die die Kommunitarianer von einer guten Demokratie verlangen, einen (zusätzlichen) Aufwand bedeuten. Können also das Gemeinschaftsgefühl, die Partizipation und der gegenseitige Respekt eine zusätzliche Ausgabe für das Gemeinwesen bedeuten?

An sich muß dem nicht unbedingt so sein. Aber wenn man sich vorstellt, wie die genannten Werte in der Praxis realisiert werden, dann fällt die Antwort absolut positiv aus. Taylor erwähnt z. B. Schulen als ein Mittel zur Verbreitung und Übertragung von Ideen oder des Gemeinschaftsgefühls. Dieser ideologische Lehrinhalt würde dann (zeitlich, also auch finanziell) auf Kosten des Wissens gehen. Die Bürger der ehemaligen kommunistischen Länder, die eine Erfahrung mit dem Ausgeben großer Haushaltsmittel für alle möglichen ideologischen Kommissionen gemacht haben, reagieren sehr emp-

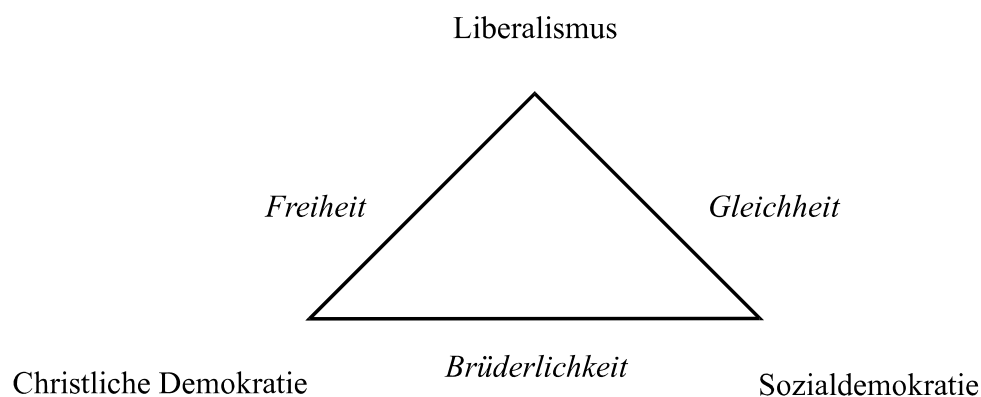
findlich auf ideologische Lehren, von denen man weiß, daß sie aus der Tasche des Steuerzahlers bezahlt werden.

Szacki ist auch in diesem Punkt mit Recht skeptisch gegenüber den Methoden der Verwirklichung der Einheit und der aktiven Beteiligung. Man könnte sagen, daß jede Staats- oder Gemeinschaftsaktion, die das Minimum an formaler Demokratie übersteigt, zusätzliche Mühe und folglich auch zusätzliche Geldmittel erfordert.

Ich möchte indessen bezweifeln, daß dieses anti-ideologische Argument irgend jemand von der Unrichtigkeit des Kommunitarismus überzeugen wird. Deshalb sollte Taylors Forderung nach gegenseitigem Respekt (ganz im Geiste seiner Philosophie) *verstärkt* werden, so daß er als ein Bedürfnis nach gesellschaftlicher Kontrolle der Gleichheit der Bürger und seine Forderung nach der Partizipation als ein Bedürfnis nach gesellschaftlicher Solidarität gedeutet wird. Wenn man Taylors Forderung nach Respekt als eine Forderung nach gesellschaftlicher Kontrolle der Gleichheit interpretiert und die Forderung nach der Partizipation als ein gesellschaftliches Bedürfnis nach Solidarität, spitzt sich die Auseinandersetzung zwischen dem Kommunitarismus und dem Liberalismus deutlich zu.

2. Und hier ist der Grund dafür. Der Liberale ist nicht jemand, der gegen die Gleichheit der Bürger oder ihre Solidarität irgend etwas einzuwenden haben wird; ganz im Gegenteil, wenn es um den Bereich der Rechte geht, wird er die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz über alles andere stellen. Einige Liberale<sup>4</sup> sind der Meinung, daß sich ein Liberaler immer nach allen drei Idealen der Französischen Revolution (Gleichheit, Brüderlichkeit und Freiheit) richten sollte. Aber die Ökonomen versichern: *No free lunch*. Unter den Bedingungen begrenzter Ressourcen ist es unmöglich, wirtschaftliches Wachstum und Vollbeschäftigung zugleich zu erreichen. Es ist nicht möglich, die Inflation zu zügeln und zugleich die Produktion zu drosseln. Das sind unzweifelhafte ökonomische Gesetzmäßigkeiten, die wesentlich auf das Gesellschaftsleben einwirken. Man kann nicht die Steuern erhöhen, ohne daß die Investitionspolitik davon betroffen wird. Mit anderen Worten, die politischen Folgen einer Ideologie, einer gesetzten Priorität, in diesem Fall des aufgestellten Ideals (der Freiheit, Gleichheit und Solidarität), wirken sich direkt auf die ökonomische Lage aus.

Bei Friedrich von Hayek<sup>5</sup> sieht die Einteilung der Ideale der Französischen Revolution so aus:



<sup>4</sup> Dworkin, Ronald. 1993. "Freiheit, Gleichheit und Gemeinschaft", in: Krzysztof Michalski (Hrsg.), *Die liberale Gesellschaft*, Klett-Cotta, Stuttgart.

<sup>5</sup> Hayek, Friedrich von. 1960. *The Constitution of Liberty*, Routledge & Keagan Paul, London.

Jede Seite des "Ideologiedreiecks" hat ihre Länge und Elastizität. Wenn wir an einer Spitze ziehen, nähern sich die übrigen einander. Hayek benutzt dieses Dreieck, um Unterschiede zwischen Ideologien aufzuzeigen, aber man kann es genauso gut benutzen, um zu zeigen, daß jede Ideologie ihren innerlichen, ideologischen und ihren äußerlichen, finanziellen Preis hat. Es ist nicht möglich, allen Grundsätzen auf einmal genüge zu tun. Je stärker die gewählte ideologische Option ist, um so weniger wird das Ideal an der entgegengesetzten Seite des Dreiecks erfüllt.

3. Schließlich gilt es, die ökonomische Kalkulation wenigstens in groben Zügen zu skizzieren. Obwohl ich meines Zeichens kein Ökonomist bin, sei es mir zu beiderseitigem Vorteil erlaubt, vereinfachte ökonomische Schemata zu benutzen, um wenigstens einen Teil meiner politologischen These von der Notwendigkeit des klassischen Liberalismus in Osteuropa zu stützen.

Die Theorie des Gesellschaftsvertrags, die Konstruktion des ursprünglichen Zustands, hat auch ihren ökonomischen Teil. Es gibt keinen Grund, beim Konstruieren einer guten Gesellschaft (was übrigens typisch für die Kommunitarianer ist) nicht auch gleich die ursprüngliche Entwicklung der Ungleichheit in derselben Gesellschaft zu konstruieren. Empirisch betrachtet, braucht man nicht lange nach einem Analogon zu suchen. Es steht fast vor uns.

Nehmen wir an, daß in der Stunde Null die Bürger über relativ gleich hohe Ersparnisse aus kommunistischen Zeiten verfügen<sup>6</sup>. Nehmen wir weiterhin an, daß die Bürger Osteuropas, als in ihren Ländern das neue System eingeführt wurde, mit gleichen, wenn auch noch so kleinen Anlagen anfangen können. Nehmen wir an, sie verfügen über 10 Währungseinheiten und haben die Wahl, dieses ihr Eigentum zu sparen, zu investieren oder dem Staat zur Verfügung zu stellen, um das Recht zu erwerben, vom Staat den Schutz ihres Besitzes oder anderer ihrer Rechte zu verlangen. Oder, vom Standpunkt des Staats betrachtet: die Regierung kann Steuern auf Spareinlagen und Immobilien einführen oder die Umsatzsteuer erhöhen. Sie kann höhere oder niedrigere Steuern auf Grundkapital erheben. Diese grundlegende Wahl wird, neben einigen anderen politischen Faktoren, wesentlich das Schicksal dieses Teils des Kontinents bestimmen. Das Beispiel von 10 realen oder gedachten Talern, die man in irgendeinen Betrieb investieren oder die der Staat einem wegnehmen kann, läßt sich auch in der Form des folgenden ökonomischen Gesetzes ausdrücken: Je mehr Steuern aus dem Umsatz oder dem Grundkapital erhoben werden, um so mehr wird die Wirtschaft stagnieren. Die nächste Prämisse lautet: Je mehr die Wirtschaft stagniert, um so weniger soziale Dienstleistungen kann der Staat gewähren. Woraus man folgern kann: Je mehr Steuern der Staat erhebt, um so weniger soziale Dienstleistungen wird er langfristig gewährleisten können.

Um die Bedeutung dieses Themas sowie die Größe der Unterschiede in der Wichtigkeit dieses Problems für Ost- und Westeuropa hervorzuheben und zu illustrieren, nehmen wir an, daß in Deutschland und in Kroatien die Steuersätze gleich hoch sind und etwa bei 30% liegen.

Das Nationaleinkommen pro Einwohner steht im Verhältnis von 10:1 im Monat, so daß wir von einem Basiswert von 100 für die Deutschen und 10 für Kroaten ausgehen. Jeder Deutsche gibt pro Monat 30 und jeder Kroat 3 Währungseinheiten an seinen Staat ab.

---

<sup>6</sup> Obwohl das empirisch nicht stimmt, kann man sagen, daß die Ausmaße ökonomischer Ungleichheit 1989 in Europa nicht so groß waren wie etwa in Süd- und Nordamerika oder in Südasien und daß der Kommunismus eine Gleichheit der Armut herbeigeführt hat.

Wenn wir diese Werte mit der Zahl der Deutschen bzw. Kroaten multiplizieren, bekommen wir folgende Zahlen: 2,4 Milliarden für Deutschland und 12 Millionen für Kroatien. Schon diese im Laufe nur eines Monats entstandene Disproportion zeugt vom Unterschied in der Sozialmacht der beiden Länder, in der Fähigkeit, tertiäre Sektoren zu bilden oder zu finanzieren, oder einfach Geld auszugeben. Der Preis der Sozialleistungen (reiner Ausgaben) ist in den beiden Ländern natürlich verschieden, aber das Verhältnis der Ungleichheit kann man auf keine Weise zu Gunsten Kroatiens verbessern.

Das Grundproblem der Transformation Osteuropas (das meiner Meinung nach auch in anderen Teilen der Welt existiert, obwohl in den entwickelten Ländern die Lage weitaus komplizierter ist) ist deckungsgleich mit dem Problem der Gegenüberstellung des Liberalismus und des Kommunitarismus, und es lautet folgendermaßen: Wie viel von den angenommenen zehn Währungseinheiten soll der Staat (als Grundsteuer) bekommen, damit er den Bürgern ihre Sozialrechte garantiert?

Wenn man eine Wiederbelebung der Wirtschaft erreichen will, d. h. einen internen Wirtschaftszyklus einleiten, dann kann man in der Anfangsphase das Geld nicht ausgeben, sondern man muß es in die Produktion oder den Handel investieren, denn eine größere Geldmasse für den Staat, also für soziale Sicherheit, bedeutet eine Verlangsamung ökonomischer Zyklen, d. h. des Kapitalumlaufs; nach dem obigen Syllogismus bedeutet das wiederum, daß der Staat, wenn er eine restriktive Wirtschaftspolitik betreibt, seinen Bürgern langfristig weniger Sozialleistungen gewährleisten kann. Wenn man in einer solchen Anfangsphase das Grundkapital mit Steuern belastet, wird der Zyklus insgesamt langsamer, die Kapitalmasse wird geringer, und folglich wird auch der Anteil des Staats, d. h. der für die Ausgaben im sozialen Bereich vorgesehene Teil, langfristig kleiner.

Viele Intellektuelle in Ost und West vernachlässigen die Tatsache, daß die ehemaligen kommunistischen Staaten und ihre Bürger nicht über eine solche Geldmasse verfügen, die schon in der ersten Phase des ökonomischen Genesungsprozesses in Sozialleistungen investiert werden könnte und dürfte. Darin liegt der wesentliche Unterschied zwischen den Ländern des entwickelten Westens und Osteuropa, denn die "alten" kapitalistischen Länder können aufgrund realisierter Wirtschaftsaktivitäten und einer normal funktionierenden Ökonomie auch gewisse Ausgaben im sozialen Bereich einkalkulieren (wobei sie auch in solchen Ländern die Konkurrenzfähigkeit der Nationalökonomie auf dem internationalen Markt nicht gefährden dürfen).

Arme Staaten wie die ehemaligen kommunistischen Länder können ihren Bürgern nicht all die Leistungen bieten, die den Bürgern entwickelter Länder zuteil werden. Der Kommunismus ist unter anderem deshalb untergegangen, weil er bei einem weit schlechteren ökonomischen System den gleichen Sozialstandard wie im Westen aufrechterhalten wollte. Die Ergebnisse liegen auf der Hand: wirtschaftliche Katastrophe, politisches Chaos, ungenügende Freiheiten und Mangel an irgendwelcher Gemeinschaftlichkeit, außer vielleicht an derjenigen, die auf ethnischen Prinzipien beruht. Und deshalb kann der Kommunitarismus für die Bürger Osteuropas nicht denselben Charme haben wie für diejenigen im Westen (obgleich dieses Charme auch dort ziemlich zweifelhafter Natur ist), er kann nicht einmal ein ideologischer Ersatz für die soziale Sicherheit, die der Kommunismus zu verwirklichen versuchte, sein. Man vergißt manchmal, daß einer der wesentlichen, wenn auch nicht der einzige Grund für den Verfall des Kommunismus die Verschwendungssucht des Staates war. Indem die Parteispitze der sozialen Gerechtigkeit Genüge tun wollte, tat sie großes Unrecht und verursachte enorme wirtschaftliche Schwierigkeiten. Mir will scheinen,

daß die Erfüllung der kommunitaristischen Forderungen in Osteuropa für viele ein Déjà-vu-Erlebnis<sup>7</sup> wäre.

Ich glaube, wir können uns jetzt dahin einigen, daß man in dürftigen Verhältnissen die Menschen nicht mit zusätzlichen Steuern belasten sollte, obschon sie angeblich gerade zu ihrem Nutzen erhoben werden.

Problematisch ist natürlich, ob man der verarmten Bevölkerung Osteuropas die ehemals staatlich garantierten Leistungen aufzukündigen kann, ohne der Demokratie Abbruch zu tun. Wegen der sozialen Rechte, die der Kommunismus lange Zeit wenigstens teilweise erfüllte, hat die Logik des Monetarismus und des *Laissez-faire*, empirisch gesehen, keine große Chance, sich in Osteuropa durchzusetzen. Eine augenblickliche Aufhebung der sozialen Rechte würde eine regelrechte Revolution hervorrufen. Aber stufenweise, und in diesem stufenweisen Vorgehen sehe ich den Kernpunkt im Streit der Liberalen und der Kommunitarianer, sollte man den Osteuropäern auf die Vorteile hinweisen, die etwa private Schulen, private Versicherungsgesellschaften, mit einem Wort: ein Markt ohne die bestehenden Monopole, mit sich bringen würde. Und wenn diese Einschränkung des Staats jemand schmerzhaft erscheint, sollte man ihn an Friedmans Worte erinnern: "In der Ökonomie als Wissenschaft ist das interessanteste und wichtigste, daß fast alles, was auf den einzelnen zutrifft, auf die Gesellschaft nicht zutrifft, und fast alles, was auf die Gesellschaft überhaupt zutrifft, trifft auf den einzelnen nicht zu."<sup>8</sup>

Man darf schließlich nicht vergessen, daß die liberale Ideologie die Bedeutung der Ökonomie und des freien Handels nicht ihrer selbst wegen hervorhebt, sondern wegen der Freiheit, die ein gutes Wirtschaftssystem gewährleistet. In der Tat kommen selten Beispiele vor, aufgrund derer man die ausgeprägte Korrelation zwischen der Stärke des Wirtschaftssystems und der Stufe der Freiheit in einem Land in Frage stellen könnte.<sup>9</sup> Der vielleicht beste Beweis zugunsten des ökonomischen Liberalismus ist die Tatsache, daß in freien Ländern, den entwickelten kapitalistischen Staaten, die Vertriebenen und Unterdrückten aus der unfreien Welt am leichtesten eine neue Existenz aufbauen und ihre Freiheiten (wieder)erlangen. Erlauben Sie mir deshalb, mit den Worten eines Ökonomen, dessen Philosophie, obwohl erfolgreich, vielen Gesellschaftsschichten im Westen verhaßt ist, zu schließen:

The heart of the liberal philosophy is a belief in the dignity of the individual, in his freedom to make the most of his capacities and opportunities according to his own lights, subject only to the proviso that he not interfere with the freedom of other individuals to do the same. This implies a belief in the equality of men in

---

<sup>7</sup> Es wäre an dieser Stelle vielleicht nicht schlecht, die Worte des einflußreichen Politologen und Pentagon-Beraters Edward Luttwak zu zitieren, der behauptet, daß der Kommunitarismus aus zwei Gründen noch gefährlicher als der Kommunismus sei: "Der Kommunitarismus leugnet keine der großartigen Errungenschaften des demokratischen Kapitalismus. Er erkennt sie allesamt an, ja, sie dienen ihm noch als Argument, um dann zu sagen: "Danke, daß ihr uns bis zu diesem Punkt geführt habt. Der - in der Tat - einen grossen Wohlstand und gewaltige Entwicklungen ermöglicht. Jetzt aber ist es genug... Und zweitens werde "der Kommunitarismus im Gegensatz zum Kommunismus nicht als politische und ideologische Seele einer anderen Nation stehen." S. Otto Kallscheuer, "Individuum, Gemeinschaft und die Seele Amerikas", *Transit* 5-92.

<sup>8</sup> Friedman, Milton. 1975. "Obrana kvantitativne teorije novca", in: P. Samuelson, *Ekonomaska -itanka*, Zagreb, S. 190.

<sup>9</sup> Siehe die neuen Kommentare zur bekannten These Seymour Lipsets über den Zusammenhang der Ökonomie und der politischen Freiheiten in: Seymour Martin Lipset et al., "A comparative analysis of the social requisites of democracy", *International Social Science Journal*, S. 136-1993.



one sense; in their inequality in another. Each man has an equal right to freedom. This is an important and fundamental right precisely because men are different, because one man will want to do different things with his freedom than another, and in the process can contribute more than another to the general culture of the society in which many men live.

The liberal will distinguish sharply between equality of rights and equality of opportunity, on the one hand, and material equality or equality of outcome on the other. He may welcome the fact that a free society in fact tends toward greater material equality than any yet tried. But he will regard this as a desirable by-product of a free society, nor its major justification. He will welcome measures that promote both freedom and equality such as measures to eliminate monopoly power and to improve the operation of the market. He will regard private charity directed at helping the less fortunate as an example of the proper use of freedom. And he may approve state action toward ameliorating poverty as a more effective way in which the great bulk of the community can achieve a common objective. He will do so with regret, however, at having to substitute compulsory for voluntary action.

The egalitarian will go this far, too. But he will want to go further. He will defend taking from some to give to others, not as a more effective means whereby the "some" can achieve an objective they want to achieve, but on grounds of "justice". At this point, equality comes sharply into conflict with freedom; one must choose. One cannot be both an egalitarian in this sense, and a liberal.<sup>10</sup>

Kurzum, ein solides ökonomisches, und das bedeutet: ein liberales Fundament kann ein Maximum an Freiheit gewährleisten, was meistens auch der Fall ist. Insbesondere müßte das für die Stunde Null der osteuropäischen Gesellschaften gelten, die die Phase des Kapitalismus übersprangen, um nach einer Verspätung von einem halben Jahrhundert in den frühkapitalistischen Zustand zu kommen, der in den heutigen entwickelten Demokratien um 1750 oder vielleicht 1920 herrschte. Da dieser Zustand so manches große Risiko mit sich bringen kann, ist eine kontinuierliche Verringerung des Staatshaushalts und die Senkung der Steuern der beste Weg für die Verwirklichung der klassischen Ideale des Liberalismus in Osteuropa.

---

<sup>10</sup> Friedman, Milton. 1962. *Capitalism and Freedom*, University of Chicago Press, S. 195.